



Presseschau vom 10.10.2017

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten [dnr-online](#), [Inr-portal](#), [Novorossia](#), [dnr-news](#), [novorosinform](#) u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken [dan-news](#), [lug-info](#). Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. [BigMir](#), [UNIAN](#), [Ukrinform](#), [KorrespondentT](#) und die Online-Zeitung [Timer](#) aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen **aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot** ([dnr-online](#), [Inr-portal](#), [Novorossia](#), [dan-news](#), [lug-info](#), [dnr-news](#), [novorosinform](#) u.a.) und **ukrainische Quellen in Blau** ([BigMir](#), [Ukrinform](#), [UNIAN](#), [KorrespondentT](#) und [Timer](#)) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen **aus Sozialen Netzwerken** sind **violett** gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends / nachts:

de.sputniknews.com: Poroschenko lädt Erdogan zur „Gruppe der Freunde der Krim-Deokkupation“ ein

Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko rechnet eigenen Worten zufolge damit, dass die Türkei der internationalen „Gruppe der Freunde der Krim-Deokkupation“ beitreten wird. Das berichtete der TV-Sender „112 Ukraina“ am Montag.

„Gemeinsam mit Präsident Erdogan haben wir hervorgehoben, dass die sich immer stärker verschlechternde Situation im Menschenrechtsbereich auf der Krim unzulässig ist.

Durchsuchungen und Festnahmen, Unterdrückungen und Verfolgungen, Einschüchterungen und Verdrängungen gehören bedauerlicherweise zum Alltag“, sagte Poroschenko am Montag nach einem Treffen mit seinem türkischen Amtskollegen Recep Tayyip Erdogan in Kiew.

Laut Poroschenko haben sich Kiew und Ankara darauf verständigt, ihre Aktivitäten zum Schutz der Rechte und Freiheiten der ukrainischen Bürger im Rahmen der internationalen Organisationen, darunter auch von Beobachtermechanismen, auch weiterhin zu koordinieren. „Alle in der Welt begreifen, dass das Völkerrecht auch deshalb das Völkerrecht ist, damit es respektiert wird“, betonte Poroschenko.

Am 15. September hatte Poroschenko die Bildung einer internationalen „Gruppe der Freunde der Krim-Deokkupation“ initiiert, die Fragen der Rückgabe der Halbinsel unter Kontrolle Kiews lösen soll...

de.sputniknews.com: Donbass-Kohle: Polen will Lieferungen „aus technischen Gründen“

nicht blockieren

Polen kann die Einfuhr von Kohle aus dem Donbass aus technischen Gründen nicht blockieren und ist sich gleichzeitig nicht zur Gänze sicher, ob es überhaupt einen Kohle-Import aus diesem Gebiet gibt. Dies erklärte der polnische Energieminister Krzysztof Tchórzewski in einem Interview mit der Zeitung „Dziennik Gazeta Prawna“ am Montag. Zuvor hieß es, dass auf nur teilweise legalem Wege elf Tonnen Anthrazit aus der selbsterklärten Volksrepublik Lugansk nach Polen geliefert worden seien. Laut der Zeitung soll die Kohle von dem Unternehmen Doncoaltrade eingeführt worden sein, das seit 2012 in der polnischen Stadt Katowice registriert sei. Sein Vorsitzender und Hauptaktionär soll angeblich der ehemalige Vizeminister für Energiewirtschaft der Volksrepublik Lugansk Alexander Melnitschuk sein. Zudem soll Tchórzewski eingestanden haben, dass Kohle aus dem von Kiew abtrünnigen Gebiet nach Polen geliefert worden sei. Der ukrainische Energieminister Igor Nasalik erklärte seinerseits, dass die Situation „äußerst unangenehm“ sei.

„Ehrlich gesagt weiß ich nicht, wie diese Einfuhren technisch zu blockieren wären“, so Tchórzewski. „Vielleicht sind das alles ja nur Gerüchte?“

Er betonte erneut, dass die Rede von einem sehr kleinen Lieferumfang sei. „Wir achten nicht auf solche kleinen Umfänge. Bei uns in Polen wird der Kohlenmarkt in Millionen Tonnen gerechnet. Ich kann als Minister für Energiewirtschaft sagen: Dies sind keine Umfänge, die auf irgendeine Weise den Kohlenmarkt beeinflussen können“, ergänzte er.

Tchórzewski zufolge hat Polen beim Kohleimport aus dem Donbass keine Regeln verletzt. Für diejenigen, die ihr Geschäft mit dieser Kohle machen, spiele ein „schneller Verdienst“ eine Rolle. Dennoch sei das Embargo dadurch nicht verletzt worden, betonte er.

Darüber hinaus wies der polnische Minister die Aussagen seines ukrainischen Kollegen darüber zurück, dass er Lieferungen von Kohle aus dem Donbass angeblich zu blockieren versprochen habe. „Er konnte keine derartigen Versprechungen bekommen haben, weil er dieses Thema nicht angesprochen hat“, schloss Tchórzewski.

Die ukrainischen Behörden haben wegen des Konfliktes im Donbass den Zugang zu einem Großteil der Kohlegruben verloren. Auf dem von Kiew nicht kontrollierten Territorium befinden sich ertragreiche Gruben, wo der für die Ukraine so nötige Anthrazit gewonnen wird. Die Bergwerke, die unter der Kontrolle der ukrainischen Behörden geblieben sind, gewinnen unwirtschaftliche Gaskohle, weshalb Kiew Kohle einführen muss.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31713/97/317139788.jpg>

de.sputniknews.com: **Kiew wirft Moskau Krim-Besiedelung mit sibirischen Völkern vor – „absurde Erklärung“**

Die Vorwürfe der ukrainischen Behörden gegenüber Moskau, den Krim-Bewohnern die russische Staatsbürgerschaft zwanghaft zu verleihen und die Halbinsel mit sibirischen Völkern zu besiedeln, sind laut dem Vize-Regierungschef der Republik Krim, Georgi Muradow, völlig absurd.

„Das ist eine merkwürdige und absurde Erklärung. Man kann sich wirklich alles ausdenken, sogar auf den Mond umsiedeln. Das sind aber reine Erfindungen“, sagte Muradow am Montag gegenüber RIA Novosti.

Niemand kann in Russland ihm zufolge jemanden übersiedeln, weil Russland ein demokratischer Staat ist und sich nicht mit ethnischen Säuberungen befasst.

Zuvor hatte Irina Fris, Abgeordnete der Werchowna Rada (ukrainisches Parlament) des Blocks Petro Poroschenko, laut lokalen Medien Moskau vorgeworfen, den Krim-Bewohnern die russische Staatsbürgerschaft zwanghaft zu verleihen und die Halbinsel mit sibirischen Völkern zu besiedeln...

vormittags:

dnr-news.com: Lawrow: Das Gesetz zur Reintegration des Donbass widerspricht den Minsker Vereinbarungen

Der Außenminister der RF Sergej Lawrow erklärte, dass der in der ersten Lesung der Obersten Rada unterstützte Gesetzentwurf zur Reintegration des Donbass den Minsker Vereinbarungen widerspricht. Diese Meinung äußerte er während eines Telefonats mit dem Außenminister der USA Rex Tillerson, heißt es auf der Webseite des Außenministeriums Russlands.

„Der russische Minister stellte fest, dass der von den Kiewer Machthabern protegierte Gesetzentwurf direkt den Minsker Vereinbarungen widerspricht und eine friedliche Regelung untergräbt“, heißt es in der Erklärung.

Weiterhin tauschte man im Telefonat die Meinung aus über das Treffen der Berater des Präsidenten der Russischen Föderation Wladislaw Surkow und dem US-Sonderbeauftragten für die Ukraine Kurt Volker und unterstrich die Wichtigkeit der Fortsetzung der Kontakte über diesen Kanal.

Ukrinform.ua: Erdogan: Türkei erkennt Annexion der Krim nicht an

Die Türkei unterstütze die territoriale Integrität der Ukraine, auch der Krim und erkenne ihre Annexion nicht an, erklärte der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan auf dem gemeinsamen Briefing mit dem Präsidenten der Ukraine, Petro Poroschenko, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent.

„Heute beim Treffen unter vier Augen und auch zwischen den Delegationen hatten wir die Gelegenheit, über unsere Beziehungen gründlich zu sprechen. Insbesondere haben wir internationale und regionale Fragen hinsichtlich unserer Länder besprochen, einschließlich der Sicherheitsfragen in der Schwarzmeer-Region... Ich habe dem Herrn Poroschenko noch einmal versichert, dass die Türkei die Souveränität der Ukraine, ihre territoriale Integrität, einschließlich der Krim, weiter unterstützen wird“, sagte der türkische Präsident.

Des Weiteren stellte Erdogan fest, er habe mit Poroschenko vereinbart, koordiniert und konsultierend miteinander zu handeln.

Er betonte auch, dass die Türkei die Annexion der Krim nicht anerkannt hat und nicht anerkennen wird.

„Wir sind sehr zufrieden mit der Unterstützung, die die Ukraine den Krimtataren leistet, die die Treue ihrem Land bewiesen haben. Wir werden weiter den Stand unserer Brüder verfolgen und diese Frage auf der internationalen Agenda nicht außer der Sicht verlieren“, sagte der türkische Präsident.

de.sputniknews.com: Trotz Aussagen Erdogans: Krim-Status ändert sich nicht – Sicherheitspolitiker

Die Türkei unterstützt laut den jüngsten Erklärungen des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan die Souveränität der Ukraine und akzeptiert nicht die Wiedervereinigung der Halbinsel Krim mit Russland. Der russische Föderationsrat (Parlamentsoberhaus) kommentierte bereits diese Aussagen.

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan sagte am Montag bei einem Briefing mit seinem ukrainischen Amtskollegen Petro Poroschenko, dass die Türkei bisher „die Souveränität und die territoriale Integrität der Ukraine“ unterstütze und die Wiedervereinigung der Halbinsel Krim mit Russland nicht anerkenne.

Das Mitglied des Verteidigungs- und Sicherheitsausschusses im russischen Föderationsrat (Parlamentsoberhaus), Alexej Puschkow, sagte dazu:

„Ob Erdogan die Zugehörigkeit der Krim zu Russland unterstützt oder nicht, der Status der Krim wird sich nicht ändern. Er weiß dies und tut Poroschenko einfach etwas Angenehmes.“...

lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **neunmal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Perwomajsk, Almasnaja, Kalinowo, Krasnyj Liman, Logwinowo und Losowoje**.

Geschossen wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen.

ukrinform.ua: (Zusammenfassung mehrerer Meldungen) Pressekonferenz Erdogan und Poroschenko:

Der Warenumsatz zwischen der Ukraine und der Türkei sei im Laufe der letzten sechs Monate um 20 % gewachsen, sagte der Präsident der Ukraine, Petro Poroschenko, während der gemeinsamen Pressekonferenz mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent.

„Allein für sechs Monate des laufenden Jahres ist der Warenumsatz zwischen der Ukraine und der Türkei um fast 20 % gestiegen“, sagte Poroschenko.

Ihm zufolge ist die Türkei in Top 5 der Handelspartner der Ukraine und in Top 10 der ausländischen Investoren in der Ukraine.

Die Ukraine und die Türkei haben vereinbart, so bald wie möglich die Höhe des Warenumsatzes auf den Stand von 10 Milliarden US-Dollar zu bringen, gab der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan auf der mit dem ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko gemeinsamen Pressekonferenz bekannt, berichtet ein Korrespondent von Ukrinform.

„Wir haben heute angesichts der jüngsten Entwicklungen beschlossen, so bald wie möglich unseren Warenumsatz auf 10 Milliarden US-Dollar zu bringen“, sagte er.

Erdogan betonte, um dieses Ziel zu erreichen, muss man „hart arbeiten“, insbesondere zur Endetappe des Abschlusses des Freihandelsabkommens kommen und zur praktischen Umsetzung übergehen.

Der türkische Staatschef stellte ferner fest, der positive Schritt in diese Richtung sei die

aktuelle Unterzeichnung des Abkommens über die gegenseitige Förderung und den Schutz von Investitionen und des Abkommens über die Vermeidung von Doppelbesteuerung in Kiew .

de.sputniknews.com: Lawrow-Tillerson-Telefonat: Diplomatisches Eigentum und Syrien im Mittelpunkt

Der russische Außenminister Sergej Lawrow hat mit seinem amerikanischen Amtskollegen Rex Tillerson in einem Telefongespräch die Situation um das russische diplomatische Eigentum in den USA sowie die politische Regelung der Syrien-Krise besprochen. „Lawrow betonte nochmals die Forderung nach der Rückgabe der gesetzwidrig beschlagnahmten Objekte des russischen diplomatischen Eigentums und unterstrich, dass sich Russland das Recht auf eine Verhandlung vor Gericht und auf Gegenmaßnahmen vorbehalte“, heißt es in einer Pressemitteilung des russischen Außenministeriums.

Außerdem besprachen beide Außenminister das Funktionieren der Deeskalationszonen in Syrien und die politische Regelung der Krise in diesem Land. Laut dem russischen Außenminister ist es nötig, die Terrormilizen in Syrien kompromisslos zu bekämpfen und dabei die territoriale Integrität Syriens nicht zu verletzen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31531/79/315317922.jpg>

Armiyadnr.su: In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte **30 Mal** das Regime der Feuereinstellung verletzt. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von **15 Ortschaften der Republik** mit Mörsern, Schützenpanzerwagen und Schützenpanzern, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

In der Folge der Beschüsse wurden zwei Häuser in **Dokutschajewsk** beschädigt: Watutin-Straße 11 Wohnung 49, Zentralnaja-Straße 93, Wohnung 36.

de.sputniknews.com: Ungarn initiiert Revision des Assoziierungsabkommens der EU mit Ukraine

Budapest wird wegen des von Kiew verabschiedeten Bildungsgesetzes eine Revision des Assoziierungsabkommens der Ukraine mit der Europäischen Union initiieren. Dies erklärte Ungarns Außenminister Péter Szijjártó bei einem Treffen mit Vertretern der ungarischen Diaspora in Ushhorod, berichtet die Tageszeitung „Magyar Nemzet“.

Wie der Minister demnach sagte, verstoße das neue Gesetz „Über Bildung“ gegen die Prinzipien des Assoziierungsabkommens zwischen der Ukraine und der Europäischen Union, da es den nationalen Minderheiten im Land das Recht nehme, eine Ausbildung in ihrer Muttersprache zu erhalten. Das werde zu einer Verschlechterung der Lage der in der Ukraine lebenden Ungarn und Vertreter anderer Minderheiten führen, betonte Szijjártó. „Es ist unakzeptabel, dass neben der EU im 21. Jahrhundert Schulen wegen des Unterrichts in den nationalen Sprachen geschlossen werden“, ergänzte er und meinte überzeugt, die einzige Methode, auf die Situation Einfluss zu nehmen, sei eine Verstärkung des internationalen Drucks auf Kiew.

Ende September hatte der Präsident der Ukraine, Petro Poroschenko, das neue Bildungsgesetz unterzeichnet. Es schränkt die Möglichkeit, Unterricht in den Sprachen der nationalen Minderheiten zu erteilen, wesentlich ein. Das Dokument war am 28. September in Kraft getreten und soll bis zum Jahr 2020 etappenweise implementiert werden.

Wie die ungarischen und rumänischen Behörden erklärten, verletzte dieses Gesetz das Recht der nationalen Minderheiten in der Ukraine. In Budapest charakterisierte man Kiews Vorgehen als einen „Dolchstoß in den Rücken“ und versprach, als Antwort die Möglichkeit eines EU-Beitritts der Ukraine zu blockieren. In Moskau hieß es, das Dokument verstoße gegen die ukrainische Verfassung und Kiews internationale Verpflichtungen.

Das Abkommen über die Assoziierung und die Freihandelszone zwischen der Ukraine und der Europäischen Union war im Juni 2014 unterzeichnet worden. Zum 1. Januar 2016 waren fast alle Punkte, die die Freihandelszone betreffen, in Kraft getreten. Seit dem 1. September 2017 gelten auch jene Punkte des Abkommens, die die Zusammenarbeit in den Sphären Verteidigung, Konfliktverhinderung, Steuern, Staatsfinanzen, Bekämpfung des Terrorismus, Migration und Grenzkontrolle betreffen.

de.sputniknews.com: Russischer Bomber in Syrien verunglückt – Besatzung tot
Ein Su-24-Kampfflugzeug der russischen Luftstreitkräfte ist bei dem Start in Syrien verunglückt, teilte das Verteidigungsministerium Russlands am Dienstag mit. Der Besatzung sei es nicht gelungen, sich zu katapultieren. Sie sei ums Leben gekommen.

Der Vorfall habe sich auf dem Militärflugplatz Hmeimim ereignet.

„Am 10. Oktober ist ein Flugzeug des Typs Su-24 beim Start vom Flugplatz Hmeimim zur Erfüllung einer Kampfaufgabe von der Start- und Landebahn abgekommen und zerschellt. Der Besatzung ist es nicht gelungen, sich zu katapultieren. Sie ist ums Leben gekommen“, erläuterte das Verteidigungsamt.

Am Boden gebe es dabei keine Zerstörungen. Die Ursache für den Vorfall könnte ein technischer Fehler sein

Dan-news.info: „**Ein minderjähriger Einwohner von Dokutschajewsk**, geb. 2001, erlitt in der Folge eines Beschusses **Splitterverletzungen**“, teilte der Bürgermeister der Stadt **Alexandr Katschanow** mit.

Nach seinen Angaben ist der Verletzte im zentralen Krankenhaus der Stadt. Sein Zustand wird untersucht.

Außerdem wurde nach den Worten Katschanows durch Beschüsse der ukrainischen Streitkräfte die Dokutschajewsker erdölverarbeitende Fabrik stark beschädigt.

de.sputniknews.com: „Stellte sich als ukrainischer Militär vor“: FSB nimmt Grenzverletzer fest

Der russische Grenzschutzdienst hat einen mutmaßlichen Militär der ukrainischen Armee wegen Grenzverletzung festgenommen, wie der Inlandsgeheimdienst FSB in den russischen Regionen Belgorod und Woronesch mitteilte.

„Es wurde eine Person festgenommen, die sich als Angehöriger der ukrainischen Streitkräfte vorgestellt hat“, heißt es in der offiziellen Mitteilung.

Die Behörde klärt demnach die Umstände des Vorfalles auf.

Am 2. Oktober hatte der russische Inlandsgeheimdienst FSB mitgeteilt, dass der russische Grenzschutzdienst im westlichen Gebiet Kursk ein bewaffnetes Eindringen aus der Ukraine verhindert habe. Bei dem Schusswechsel wurde ein Grenzsoldat getötet.

Im September war ein weiterer ukrainischer Bürger wegen Grenzverletzung in der Region Kursk verhaftet worden. Er trug eine Militäruniform und war nach eigener Aussage beim ukrainischen Grenzschutzdienst tätig

Dan-news.info: Bis zum 9. Oktober hat die Kommission des „Fonds Einiger Donbass“ an 671 Einwohner der Region fast 20 Millionen Rubel materielle Unterstützung ausgezahlt, teilte der Vorsitzende des Fonds Oleg Balykin mit.

Er fügte hinzu, dass finanzielle Unterstützung in Höhe von 10.175.045 Rubel an 325 Antragsteller aus dem von der ukrainischen Regierung kontrollierten Teil des Donezker Oblast ging, 346 Antragsteller aus der DVR erhielten Unterstützung in Höhe von 9.790.795 Rubel. Außerdem wurden im Ergebnis der Sitzung der Kommission am 6. Oktober Zahlungen an weitere 114 Einwohner des Donbass über eine Gesamtsumme von mehr als 3,5 Mio. Rubel gebilligt.

de.sputniknews.com: Gefahr in Verzug: Europa könnte Geduld mit Kiew verlieren – Die Welt Ein Problemfall, wenn nicht gar ein Störenfried – so wird die Kiewer Regierung in Europa zunehmend gesehen, wie die Zeitung „Die Welt“ schreibt. Doch das Blatt warnt Europa davor, eine Verständigung mit Russland zu suchen, und mahnt stattdessen zum Verständnis für das ukrainische Regime.

Die Ukraine schaffe es kaum noch in die Schlagzeilen, bedauert „Die Welt“ – die Aufmerksamkeit werde von Nordkorea, Katalonien oder den Waffengesetzen in den USA vereinnahmt.

Dabei haben sich Kiews Probleme nicht in Luft aufgelöst: Der Krieg im Osten des Landes dauere an, „und es spitzen sich Auseinandersetzungen über den weiteren Weg der Ukraine zu, deren Ausgang nicht nur für ihre eigene, sondern auch für die Zukunft ganz Europas entscheidend sein könnte“, so die Zeitung.

Unter Druck gerät das ukrainische Regime nicht nur von außen.

„Auch innenpolitisch wird die Kritik an dem verlangsamten Reformtempo im Land immer lauter“, schreibt „Die Welt“.

Vor allem die Zivilgesellschaft beklagt laut dem Blatt, dass Präsident Poroschenko „dringend nötige Veränderungen“ verschleppe und torpediere, „um klammheimlich die oligarchische Herrschaft zu restaurieren und sich dabei selbst zu bereichern“. Poroschenko zögere, „einen von den Justizstrukturen unabhängigen Anti-Korruptionsgerichtshof zu installieren“.

Den innenpolitischen wie internationalen Druck auf das Kiewer Regime hält die Zeitung dabei für „dringend geboten“. Doch solle die Kritik als Anreiz dazu dienen, die Ukraine enger in die EU einzubinden, rät das Blatt.

Denn die Kiewer Regierung habe ja auch Erfolge erzielt, lobt „Die Welt“: Allein dass die Ukraine „ihre Staatsfinanzen saniert hat und wieder ein – wenn auch bescheidenes – Wirtschaftswachstum verzeichnet, ist eine bedeutende Leistung“.

Und auch gegen den Mangel an Demokratie in der Ukraine weiß die Zeitung einen Rat: Geduld!

„Niemand durfte erwarten, dass aus der Ukraine in nur drei Jahren eine westlich-demokratische Mustergesellschaft wird.“

Dass in Europa indes der Wunsch wachse, „sich baldmöglichst wieder mit Russland zu

arrangieren“, dafür hat „Die Welt“ offensichtlich wenig Verständnis. Die Kritiker würden die Verhältnisse in der Ukraine schlechter reden als die Lage tatsächlich sei. Dies diene doch nur der psychologischen Vorbereitung auf die Verständigung mit Russland.

Offenkundig hält die deutsche Zeitung das Vorgehen der USA für den richtigeren Weg:

Washington habe ja seine Unterstützung für die Ukraine – „wider anderslautenden Befürchtungen“ – noch verstärkt und der US-Kongress habe die Sanktionen gegen Moskau verschärft.

Alles andere wäre aus Sicht der Zeitung wohl ein Skandal

nachmittags:

dnr-news.com: Turtschinow: „Wenn Russland als Aggressor-Staat anerkannt wird, so werden dorthin nur Aufklärer und Spione fahren“

Der Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine Alexandr Turtschinow erklärte, dass für den Fall einer Anerkennung Russlands als Aggressor-Staat dorthin „nur noch Aufklärer und Spione“ fahren können. So kommentierte er in einer Sendung eines der ukrainischen Fernsehkanäle das mögliche Reiseverbot in die RF für Staatsbedienstete der Ukraine, welches der SBU initiiert.

„Wissen Sie, wenn ein Land als Aggressor anerkannt wird, so können dorthin lediglich noch Aufklärer und Spione reisen, ist es nicht so? Wenn er ein Aufklärer ist, so werden wir ihn irgendwie hinüberbringen, wenn es ein Spion ist, so denke ich, werden wir nichts tun, wenn er irgendwelche Aufträge erfüllt. Leider arbeitet bei uns aktiv die „fünfte Kolonne“, die an der Destabilisierung der Situation im Land arbeitet. Finanziert von russischen Spezialdiensten. Dies betrifft auch wirkliche terroristische Anschläge, die in der RF durch Spezialdienste vorbereitet werden und in der Ukraine dann durchgeführt“, sagte der Sekretär des ukrainischen NSVR.

Turtscxhinow fügte hinzu, dass nach der Anerkennung Russlands als Aggressor-Staat dorthin nur noch „Menschen mit einem bestimmten Auftrag“ fahren können.

de.sputniknews.com: Russland-USA: Tauziehen um die Ukraine geht in neue Runde

Die Sonderbeauftragten Russlands und der USA für die Ukraine, Wladislaw Surkow und Kurt Volker, haben sich gestern in Belgrad getroffen und die möglichen Wege zur Konfliktregelung im ukrainischen Donezbecken besprochen, schreibt die Zeitung "Kommersant" am Dienstag.

Es war von Anfang an klar, dass das Treffen keinen Durchbruch bringen würde. Als solcher darf selbst die Tatsache gelten, dass es überhaupt stattgefunden hat. Die Seiten erklärten abermals, dass sie etwas zu besprechen haben und bereit sind, die Beratungen fortzusetzen, bis sie Erfolg haben.

Aktuell gibt es einen Berührungspunkt: In der Donbass-Region hätten internationale Friedenskräfte stationiert werden sollen. Aber Russland, der Westen und die Ukraine stellen sich das unterschiedlich vor.

Im Allgemeinen darf als wichtigster Erfolg gelten, dass die Oberste Rada (ukrainisches Parlament) den Sonderstatus des Donezbeckens um ein Jahr verlängert hat. Das bedeutet, dass die Minsker Friedensvereinbarungen weiterhin in Kraft bleiben und dass es gesetzliche Möglichkeiten für die Fortsetzung der Verhandlungen gibt. Der aufsehenerregende ukrainische Gesetzentwurf über die „Reintegration des Donezbeckens“, in dem Russland als „Aggressor“ bezeichnet wird und die Minsker Vereinbarungen nicht einmal erwähnt werden, dürfte als für solch schwierige Situationen üblicher Hintergrund und zudem als Möglichkeit für die ukrainischen Machthaber gelten, das Gesicht in den Augen der Radikalen zu

bewahren.

Für große Akteure wie die USA und das "Normandie-Quartett" dürfte das keine Bedeutung haben. Es gibt noch einen wichtigen Moment: Volker zeigt Verständnis für Russlands Forderung, die Sicherheit der russischsprachigen Einwohner der Südostukraine zu garantieren. Die Erfahrungen im Kosovo zeugen davon, dass die Friedenskräfte nicht in der Lage sind, Pogrome zu verhindern. Der russische Präsident Wladimir Putin sprach bekanntlich öfter darüber, dass man in Moskau Angst um diese Menschen habe, dass ukrainische Nationalisten kommen würden, so dass im Donezbecken Massaker ausbrechen könnten. Dass die Amerikaner dieses Problem anerkennen, ist an sich positiv. Aber sie schlagen vor, dass die Friedensstifter und OSZE-Vertreter durch die gesamte Donbass-Region reisen und dafür Sorge tragen sollen, dass die Einwohner dieser Gebiete nicht terrorisiert werden oder selbst Kiewer Agitatoren angreifen, die das demokratische Leben vor den Kommunalwahlen im Donezbecken hochpreisen würden. Es ist jedoch unwahrscheinlich, dass dieser Plan funktionieren wird.

Dennoch sind gewisse Gründe vorhanden, optimistisch zu bleiben. Erstens wird der Minsker Friedensprozess weiter aufrechterhalten. Zweitens sind die USA bereit, an den Verhandlungen teilzunehmen. Es ist immerhin nicht auszuschließen, dass ausgerechnet Washington Kiew überredet hat, den Sonderstatus der Donbass-Region zu verlängern. Und drittens besteht die Hoffnung, dass sich Deutschland nach der Bundestagswahl erholt und sich am Regelungsprozess intensiver beteiligen und möglicherweise eine interessante Formel vorschlagen wird.

Also kann man vom Beginn einer neuen Runde der Verhandlungen über die ukrainische Problematik sprechen. Erfolgchancen bestehen, aber eher theoretisch. Denn praktisch passiert üblicherweise das Gegenteil. Außerdem ist es wichtig, dass keine neuen Konfliktherde entstehen, während Surkow und Volker über die Ukraine debattieren

dnr-online.ru: Die Unterbrechungen beim Zugang zum Internet in der DVR sind durch der Abschaltung von Datenübertragungskanälen durch die ukrainische Seite bedingt. Dies teilte heute der Kommunikationsminister der DVR Wiktor Jazenko mit.

„Im Zusammenhang mit der einseitigen Abschaltung der Datenübertragungskanäle durch die ukrainische Seite sind bestimmte Schwierigkeiten bei der Zurverfügungstellung von Internetdiensten bei einigen Telekommunikationsoperatoren der DVR aufgetaucht“, erklärte Wiktor Jazenko.

Nach seinen Worten führt das Kommunikationsministerium operativ einen Maßnahmenkomplex zur Umschaltung auf neue Telekommunikationskanäle durch, um eine stabile Funktion der Internetdienste auf dem Territorium der Republik zu gewährleisten.

„Die Ausführung dieses Maßnahmenkomplexes ist bis Ende dieser Woche geplant“, fügte Wiktor Jazenko hinzu.

de.sputniknews.com: Lawrow nennt führende Priorität russischer Außenpolitik

Russlands Außenminister Sergej Lawrow hat am Dienstag die führende Priorität der russischen Außenpolitik genannt.

Laut Lawrow bleibt die Zusammenarbeit im Rahmen der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) die führende Priorität in der russischen Außenpolitik. Dies erklärte er bei der Eröffnung der Sitzung des GUS-Außenministerrates in Sotschi.

„Die Gemeinschaft hat mit Fug und Recht den Ruf eines repräsentativen Regionalverbandes mit einem breiten Mitgliederbestand und einer wesentlichen Erfahrung in der erfolgreichen Zusammenarbeit verdient“, so Lawrow.

Der russische Außenminister rechne damit, dass das Ergebnis des Treffens die Stärkung der Organisation und die Erhöhung ihrer Autorität in der Weltarena fördern werde.

Zuvor hatte das russische Außenministerium mitgeteilt, in der Sitzung des GUS-Außenministerrates würde eine Reihe von Dokumenten erörtert werden, unter anderem zur Terrorbekämpfung und Zusammenarbeit im militärischen Bereich. Die gebilligten Entwürfe dieser Dokumente sollen bei der Sitzung des Rates der Staatsoberhäupter am 11. Oktober in Sotschi und bei der Sitzung des Rates der GUS-Regierungschefs am 3. November in Taschkent zur Erörterung vorgelegt werden.

Dnr-news.com: Der „Rechte Sektor“ kündigte die Mobilisierung in das „ukrainische Freiwilligenkops“ an

Die ukrainische nationalistische Organisation „Rechter Sektor“ kündigte eine Mobilisierung in das „ukrainische Freiwilligenkops“ an. Dies erklärte der Pressedienst der radikalen Organisation.

„Der Schutz der Heimat war schon immer eine heilige Sache! Der Krieg dauert nun schon das vierte Jahr...

Unsere Einheit schützt seit Beginn der Kampfhandlungen im Osten des Landes unser ukrainisches Land vor dem Feind. Dank sorgfältiger Arbeit, Dutzenden von erfolgreichen Kampfeinsätzen haben wir uns als eine der effektivsten und besonders motivierten Einheiten an der gesamten Abgrenzungslinie erwiesen.

Wir schützen und schützen auch weiter unser Heimatland bis zur vollständigen Befreiung und der Hissung der Staatsflaggen über den in die Ukraine zurückgekehrten Städten und Dörfern“, wird in der Erklärung gesagt.



http://dnr-news.com/uploads/posts/2017-10/thumbs/1507639540_1oshr.jpg

de.sputniknews.com: Kiew will aus Friedenstruppen im Donbass „Okkupationskräfte“ machen – Moskau

Kiew versucht, die UN-Friedenstruppen, die im Donbass stationiert werden könnten, in „Okkupationskräfte“ zu verwandeln, um in dem Gebiet ein internationales Protektorat zu errichten. Dies sagte der Staatssekretär und stellvertretende Außenminister Russlands, Grigori Karassin, gegenüber der Nachrichtenagentur RIA Novosti.

Karassin verwies darauf, dass am 5. September Russland einen Resolutionsentwurf zur Stationierung einer UN-Friedensmission in der Ukraine im UN-Sicherheitsrat eingebracht habe. Moskau geht dabei ihm zufolge davon aus, dass dies zur Einhaltung der Waffenruhe und zur Gewährleistung der Sicherheit im Donbass sowie zu einer intensivierten Arbeit an der Regelung der Situation gemäß den Minsker Abkommen beitragen wird.

Doch vor dem Diskussionsstart habe Kiew erklärt, dass es an den russischen Vorschlägen nicht arbeiten wolle.

„Ohne irgendwelche Gegenentwürfe im UN-Sicherheitsrat eingebracht zu haben, begann Kiew, alles völlig zu verdrehen. Es spricht von einem angeblich von Russland verfolgten Ziel, den aktuellen Status quo im Donbass einzufrieren, die Tätigkeit der OSZE in der Ukraine einzuschränken und so weiter. Sie fordern die Verlegung von UN-Friedenstruppen auf dem ganzen Territorium des Donbass, vor allem entlang der Grenze zu Russland“, so Karassin.

„Es entsteht der Eindruck, dass Kiew eine ganz andere Rolle den UN-Blauhelmsoldaten zudiktiert“, sagte er weiter, nämlich die Rolle der „Okkupationskräfte“ beim

„Ordnungsschaffen“ im Südosten der Ukraine, bei der Errichtung eines internationalen Protektorats dort. Ein solches Vorgehen sei „eine Revision des Kerns des Minsker ‚Maßnahmenkomplexes‘ vom 12. Februar 2015. Damit können wir natürlich nicht einverstanden sein“, erläuterte der Diplomat.

Zudem ist laut Karassin das mögliche Kontingent der „Schutz“-Mission der Uno – falls eine entsprechende Vereinbarung getroffen wird – ein Gegenstand einzelner Beratungsgespräche in New York.

„Man benötigt ein wirklich funktionsfähiges und genaues Mandat, das unter anderem für den Donbass eingesetzt werden kann“, sagte er abschließend.

[Ukrinform.ua: Finanzminister: Kiew will Kooperationsprogramm mit IWF bis 2019 abschließen](#)

Die Ukraine habe vor, das Programm der Zusammenarbeit mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) bis zum Jahr 2019 abzuschließen, sagte der Finanzminister der Ukraine, Oleksandr Danyljuk, berichtet Ukrinform unter Bezugnahme auf Reuters.

„Wir schätzen unsere Zusammenarbeit. Unser Ziel ist es, das Programm bis zum Jahr 2019 erfolgreich abzuschließen“, sagte Danyljuk.

Dabei stellte der Finanzminister fest, dass die Ukraine die nächste IWF-Tranche bis zum Ende des laufenden Jahres erwartet.

[de.sputniknews.com: Merkwürdige Änderungen im Anti-Terror-Kampf der USA – Moskau fordert Klärung](#)

Die Terroristen bekommen in Deir ez-Zor, wo die syrischen Regierungstruppen jetzt aktiv vorrücken, immer wieder Verstärkung von Kämpfern aus dem Irak, wo die Luftangriffe der US-Koalition dem IS eigentlich genug Kopfschmerzen bereiten sollten. Doch das Pentagon beschließt plötzlich, die Zahl der Flüge gegen IS-Stellungen drastisch zu reduzieren.

Russlands Verteidigungsministerium fordert Klärung: Will die Koalition etwa den Einsatz der syrischen Armee auf diese Weise erschweren? Oder – wie das Ministerium ironisch bemerkte — treibt sie die Terroristen absichtlich in das Feuer der russischen Luftwaffe?

Die Koalition imitiert laut dem Sprecher Igor Konaschenkow nur den Kampf gegen den IS, der immer weitere Territorien im Irak erobere. Die offen gelegte Statistik des Pentagons über die US-Luftangriffe zeige, dass die Koalition seit dem Beginn des Einsatzes der syrischen Armee in Deir ez-Zor um das Fünffache weniger Angriffe gegen den IS im Irak geflogen habe als in Syrien.

„Die abgenommene Intensität der Schläge gegen den Irak fiel merkwürdigerweise mit der Verschiebung starker IS-Kräfte aus den irakischen Grenzregionen nach Deir ez-Zor

zusammen“, sagte Konaschenkow. Diese Gruppierungen versuchten nun, am östlichen Euphrat-Ufer Fuß zu fassen.

„Die US-geführte Koalition, die den Kampf gegen den IS vor allem im Irak imitiert, sieht das alles, führt aber ihren angeblich aktiven Kampf gegen den IS aus irgendwelchen Gründen in Syrien fort“, so Konaschenkow weiter.

Gleichzeitig sei die Befreiung der Stadt Rakka, die von den USA und der Koalition im Laufe von sechs Monaten zur vorrangigen Aufgabe erklärt wurde, stehengeblieben.

„Heute ruft die Fähigkeit der syrischen Armee, die IS-Terroristen in der syrischen Provinz Deir ez-Zor mit Unterstützung der russischen Luftwaffe zu vernichten, bei keinem – inklusive der USA – Zweifel hervor“, fügte Konaschenkow hinzu.

Die Verstärkung der Terroristen aus dem Irak, darunter ausländische Söldner, komme mit Panzerwagen und Pickups und sei mit großkalibrigen Waffen ausgerüstet. Munition würden die Terrorkämpfer über Abu Kamal erhalten, der letzten Stadt am Euphrat im Osten Syriens vor der Grenze zum Irak, hieß es.

Russlands Luftwaffe hat Konaschenkow zufolge die Wirtschaftsinfrastruktur der Terroristen in Syrien vernichtet, weshalb diese ohne Finanzmittel für den Waffenerwerb und die Terroristenanwerbung geblieben seien. Doch der harte Widerstand der Terroristen lasse nicht nach. Dabei werde der westliche Teil des Irak, der unter der IS-Kontrolle stehe, immer größer – und der sei um ein Vielfaches größer als der in Syrien.

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR

Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR ist wie zuvor **angespannt**, in den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Truppen das Regime der Feueinstellung **neunmal** verletzt.

Beschossen wurden die Positionen unserer Einheiten im Gebiet von **Kalinowo, Losowoje, Logwinowo, Almasnoje, Perwomajsk und Krasnyj Liman**. Trotz der Minsker Vereinbarungen haben die ukrainischen Streitkräfte 120mm- und 82mm-Mörser, Schützenpanzer, Granatwerfer verschiedener Art und Schusswaffen verwendet.

Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik mehr als 155 Geschosse abgeschossen.

Die ukrainischen Truppen verletzen weiter die Bedingungen zur Stationierung von Militärtechnik in der Nähe der Kontaktlinie, die von den Minsker Vereinbarungen vorgesehen sind, und ziehen weiter Potential ihrer Einheiten in der „ATO“-Zone zusammen.

Nach unserer Information hat sich gestern Nacht eine Kolonne mit Militärtechnik der ukrainischen Streitkräfte aus Artomowsk in unsere Richtung bewegt: Artilleriegeschütze, Mehrfachraketenwerfer „Grad“, Panzer, Schützenpanzer, Schützenpanzerwagen, Fahrzeuge mit Personal und Munition.

Unsere Aufklärung stellt weiter eine Rotation und Verstärkung der Positionen der ukrainischen Streitkräfte fest.

Im Gebiet von Bolotennoje und Sisoje befinden sich auf den Positionen der 14.

mechanisierten Brigade folgende Waffen und Technik: 8 Schützenpanzer, 4 Panzer, zwei leicht gepanzerte Mehrzwecktransporter. Im Gebiet einer Fischereiwirtschaft in der Nähe von Walujskoje wurde die Stationierung von zwei Artilleriegeschützen 2S1 „Gwosdika“ aus dem Bestand einer Haubitzenabteilung der 14. Brigade festgestellt. In Nowoluganskoje wurden auf vor kurzem vorbereitete Positionen drei Schützenpanzer stationiert.

Das ukrainische Kommando hat die Aufklärung unter Nutzung von Drohnen an einigen Abschnitten der Kontaktlinie verstärkt.

Es wurde die Verwendung von Drohnen durch Einheiten der 10. Gebirgsturmbriade der ukrainischen Streitkräfte von Popasnaja aus in Richtung Perwomajsk und aus dem Verantwortungsbereich der 14. Brigade, aus Staschastje, in Richtung Wesjolaja Gora – Staniza Luganskaja festgestellt.

Heute plant **Alexander Hug, mit einer Gruppe von OSZE-Beobachtern die Kontaktlinie im Gebiet von Stschastje und Staniza Luganskaja zu besuchen.**

Vor allem **erwarten wir konkrete Aktivitäten des stellvertretenden Leiters der OSZE-Mission und eine adäquate Bewertung der groben Verletzungen der Minsker Vereinbarungen durch die Ukraine.** Ebenfalls möchte ich Herrn Hug an sein Versprechen erinnern, bereits im letzten Jahr die von ukrainischen Soldaten gesprengte **Brücke am Kontrollpunkt „Staniza Luganskaja“ wiederaufzubauen.** Und wir hoffen, dass sein Besuch diesen Prozess beschleunigt.

Wir hoffen auch, dass der stellvertretende Leiter der Mission die Anstrengungen der Volksmiliz der LVR zur Unterstützung der Arbeit der OSZE-Mission und das Streben zu einer friedlichen Regelung des Konflikts würdigt.

Gemäß dem Mandat der OSZE-Mission, unter Einhaltung der Prinzipien der Unparteilichkeit und Transparenz, müssen sie Kontakte mit den örtlichen Behörden und der Zivilgesellschaft herstellen, um die Lage in der Republik objektiv zu beurteilen und diese Information an die Weltgemeinschaft weiterleiten.

Der Pressedienst der „ATO“ hat erklärt, dass sich in den letzten 24 Stunden die Kämpfe aus Richtung Donezk in Richtung Lugansk verlagert haben, „wo es zuvor relativ ruhig“ war. Unter anderem haben die Kiewer Truppen erklärt, dass es angeblich Beschüsse von Seiten der LVR in Richtung Staniza Luganskaja gegeben hat, weshalb Kiew am 9. Oktober ein weiteres Mal die Trennung von Kräften und Mitteln zum Scheitern gebracht hat.

Wir meinen, dass dies vor allem mit dem heutigen Besuch des stellvertretenden Leiters der OSZE-Mission Alexander Hug zusammenhängt. Wir haben die Information, dass die ukrainischen Streitkräfte eine Reihe von Provokationen vorbereiten, die auf die Diskreditierung der Republiken abzielen und solche Erklärungen bestätigen, dass die Ukraine zu allem bereit ist, um die Volksmiliz der LVR zu verleumden.

de.sputniknews.com: **Moskau nennt Voraussetzung für Munitionsabzug aus Transnistrien**

Russland zeigt sich laut dem russischen Vizeaußenminister Grigori Karassin bereit, aus Transnistrien das nach dem Zerfall der Sowjetunion dort zurückgebliebene Kriegsgerät und die Munition abzuführen. Dies sei aber erst nach der Regelung des Transnistrien-Konfliktes möglich, betonte der Diplomat in einem Interview mit RIA Novosti.

In dem Gespräch erinnerte Karassin daran, dass Russland im Jahr 2001 freiwillig die Verpflichtung übernommen hatte, die nach dem Zerfall der Sowjetunion in Depots zurückgebliebene Munition aus Transnistrien abzuführen.

„Insgesamt wurden mehr als 40 Güterzüge dorthin geschickt, mit denen rund die Hälfte des zu jenem Zeitraum in Depots aufbewahrten Kriegsgeräts und der Munition abtransportiert wurde. Der restliche Teil wird auf etwa 21.000 Tonnen geschätzt“, sagte Karassin.

Ferner verwies er darauf, dass damals gleichzeitig mit dem Munitionsabzug auch eine aktive Arbeit am sogenannten Kosak-Memorandum erfolgt sei, das eine allumfassende politische Beilegung des Transnistrien-Problems vorgesehen hätte.

„Dennoch hat Chisinau auf Forderung seiner westlichen Berater die Unterzeichnung dieses Dokuments zum Scheitern gebracht. In dieser Situation hat die transnistrische Führung den Waffen-Abtransport gestoppt. Russland ist nach wie vor bereit, diese Munition abzuführen. Dies kann man aber nur nach der Erzielung einer realen Lösung des Transnistrien-Konfliktes tun.

Bedauerlicherweise ist es bis dahin noch sehr weit“, unterstrich Karassin. Entsprechende Voraussetzungen seien noch nicht herangereift.

Darüber hinaus informierte Karassin über die Lage der russischen Militärs in Transnistrien, für deren Versorgung alles Nötige getan werde.

„Zweifelloos hat Kiews Beschluss (das Abkommen über die militärische Kooperation mit Russland zu kündigen – Anm. d. Red.) die Belieferung der russischen Friedensstifter in der

Region erschwert“, so der Vizeaußenminister.

Dabei versicherte er, dass dies die Tätigkeiten der russischen Militärangehörigen nicht beeinflusst habe, die ihre Verpflichtungen in strikter Übereinstimmung mit den Bestimmungen der russisch-moldauischen Abkommen weiter erfüllten.

Im Jahr 2015 hatte die Werchowna Rada (ukrainisches Parlament) das russisch-ukrainische Abkommen über den Transit von russischen Truppeneinheiten, die sich in Transnistrien aufhalten, über ukrainisches Territorium gekündigt und somit die Versorgung der russischen operativen Truppengruppe und des russischen Friedenskontingents in Transnistrien gehemmt. Transnistrien ist der östlich des Dnjestr gelegene Teil Moldawiens. Nach der Unabhängigkeit Moldawiens im Jahre 1991 erklärte auch das mehrheitlich von Russen und Ukrainern bewohnte Transnistrien seine Unabhängigkeit, da eine Eingliederung Moldawiens in Rumänien im Gespräch war. Der Streit mit der moldauischen Regierung mündete in einen militärischen Konflikt, der durch die Vermittlung Russlands beigelegt werden konnte. Heute ist Transnistrien (offiziell "Transnistrische Moldauische Republik") de facto ein autonom agierender, international aber nicht anerkannter Staat innerhalb Moldawiens.

Die internationalen Friedenskräfte sichern seit 1992 den Waffenstillstand in Transnistrien, dessen Bevölkerung bei einem Referendum 2006 mehrheitlich für die Unabhängigkeit des Gebietes stimmte. Das Friedenskontingent besteht aus 385 russischen, 403 moldauischen und 411 transnistrischen Soldaten sowie zehn Militärbeobachtern aus der Ukraine.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31780/08/317800890.jpg>

de.sputniknews.com: **Ukraine: „Nazi-Brettspiel“ soll Patriotismus fördern**

„100 Jahre Kampf: Die Nationalrevolution in der Ukraine“ heißt ein Brettspiel, das das Ukrainische Institut für Nationale Erinnerung auf den Markt gebracht hat. Damit soll den jungen Ukrainern zu mehr nationalem Bewusstsein und Stolz verholfen werden. Das Kuriose: In dem Spiel werden polnische Städte als ukrainisches Territorium präsentiert.

Ukrainische Nationalisten würden davon träumen, sich polnisches Land anzueignen: „Wo fünf oder sechs Ukrainer leben, da ist schon ukrainisches Land – das glauben sie“, sagt der polnische Geschichtswissenschaftler Czeslaw Partacz in einem Interview mit Sputnik. Dieses Brettspiel sei nur ein weiterer Ausdruck dieses Denkens.

„Dieser nationalistische Wahnsinn ist eine Art schwerer psychischer Erkrankung. Sie können ja nicht mal das aufrechterhalten, was sie haben. Größtenteils zerstören sie nur. Und davon können sie nicht genug kriegen“, so die Einschätzung des Professors.

Was die „ukrainischen Nazis“ tun, „ist, nationalen Hass zu stiften. Brandgefährlich ist das“, betont der Wissenschaftler.

armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

In den letzten 24 Stunden wurden **30 Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung** von den Positionen der ukrainischen Streitkräfte aus festgestellt.

In Richtung Donezk hat der Gegner Mörser, Schützenpanzerwaffen, verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen verwendet. Auf die Gebiete von **elf Ortschaften** wurden 20 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen. In der Folge eines Beschusses von Dokutschajewsk wurden zwei Häuser in der Watutin-Straße 11 Wohnung 49 und der Zentralnaja-Straße 93 Wohnung 36 beschädigt.

In Richtung Mariupol hat der Gegner neun Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und 58 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm auf die Gebiete von **Leninskoje, Sosnowskoje, Dsershinskoje und Kominternowo** abgeschossen, außerdem wurden verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen verwendet.

Nach uns vorliegenden Informationen wurden **im Gebiet von Marjinka Gefechte zwischen Kämpfern von ungesetzlichen Formationen des „Rechten Sektors“ und Einheiten der 92. mechanisierten Brigade**, die den Befehl des Kommandos der ukrainischen Streitkräfte zur Entwicklung der nicht von den ukrainischen Streitkräften kontrollierten Gruppierungen ausführten, bemerkt. Darüber hat der Leiter des Generalstabs Mushenko schon mehrfach Erklärungen abgegeben.

In der Nacht vom 8. auf den 9. Oktober hat der „Rechte Sektor“ das Feuer mit Mörsern, Granatwerfern und Schusswaffen auf Soldaten der 92. mechanisierten Brigade, die den Stationierungsort der Kämpfer umzingelt hatten, eröffnet. In der Folge des Beschusses erlitten die Einheiten der ukrainischen Streitkräfte Verluste: zwei Tote und neun Verletzte. Die Verletzten wurden in den Oblast Winniza in das Metschnikow-Krankenhaus gebracht. Im Land ist bereits eine kritische Situation bezüglich der Behandlung von Verletzten und Kranken entstanden. Die **Krankenhäuser in Charkow, Odessa und Dnjepr sind überfüllt, der Mangel an Medikamenten** ist katastrophal. Dies erklären lauthals alle ukrainischen Freiwilligenorganisationen, obwohl das offizielle Kiew behauptet, dass es den Soldaten an nichts mangelt. Diese Situation ist aufgrund der zunehmenden gesundheitsbedingten Verluste entstanden, die mit den systematischen Verletzungen von elementaren Sicherheitsanforderungen beim Militärdienst verbunden sind.

Es ist hervorzuheben, dass die Kommandeure der Verbände der ukrainischen Streitkräfte die Anweisungen des Generalstabs widerwillig befolgen. In einigen Fällen werden aufgrund des Risikos von Verlusten unter dem Personal keine Anstrengungen zur Entwaffnung der Banden unternommen.

Von örtlichen Einwohnern sind Informationen über einen Fall einer **Massenauseinandersetzung zwischen Einheiten der 28. mechanisierten Brigade und Einheiten des „Rechten Sektors“ im Gebiet von Granitnoje** eingegangen.

So wurden einige Kämpfer des „Rechten Sektors“ von Soldaten der 28. mechanisierten Brigade bei einem banalen Diebstahl von warmer Kleidung, Lebensmitteln und anderem Militäreigentum der Brigade erwischt.

Die Kämpfer wurden heftig verprügelt, aber rechtzeitig zur Verstärkung erschienene Nationalisten eröffneten das Feuer mit Schusswaffen und holten ihre Komplizen in einem Kampf heraus.

Wir bitten die internationalen Beobachter die Aufmerksamkeit darauf zu richten, dass die ukrainische Seite diese Gefechte verheimlicht, indem sie die Streitkräfte der DVR beschuldigt, die Positionen der ukrainischen Streitkräfte zu beschießen.

de.sputniknews.com: „NATO wollte Völkermord“: Serbische Intellektuelle bereiten Klage vor
Die serbische Königsakademie von Wissenschaftlern und Künstlern sammelt weiter Material, um die NATO-Länder wegen des zugefügten Schadens bei den Bombardements im Jahr 1999 zu verklagen. Dabei haben erstmals auch albanische Ärzte ihr Schweigen über die katastrophalen Folgen der Bombenangriffe gebrochen.

Eine internationale Gruppe von Juristen muss etwa 20 Fälle prüfen, die aufgrund von ärztlichen Dokumenten eindeutig belegen, dass die hohe Zahl an Krebserkrankungen in Serbien unmittelbar mit dem Einsatz von Munition mit so genanntem abgereicherten Uran verbunden ist.

Nach unterschiedlichen Angaben wurden im Jugoslawienkrieg zwischen zehn und 45 Tonnen abgereichertes Uran abgeworfen, was zu einem drastischen Anstieg an Krebserkrankungen führte, sagt der Toxikologe, Radomir Kovacevic, vom Serbischen Institut für Arbeitsmedizin und radiologischen Schutz in Belgrad gegenüber Sputnik.

Laut ihm hatte die NATO-Führung kurz nach dem Beginn der Aggression eingesehen, dass die jugoslawische Armee nicht kapitulieren werde. Daher habe man die Entscheidung getroffen, „besondere“ Munition einzusetzen.

„Nach Angaben des Belgrader Onkologie-Instituts wurden im Jahr 1981 insgesamt 10.178 Erkrankungs- und fast genauso so viele Todesfälle registriert (Kosovo nicht mitgezählt)“, so Kovacevic. Im Jahr 2001 seien es bereits 18.000 Fälle gewesen. Derzeit betrage die Zahl der Todesfälle zwischen 22.000 bis 23.000 und die der Erkrankungen zwischen 35.000 bis 36.000.

Bei Genmutationen sehe es noch schlimmer aus: Laut Ergebnissen der Studien, die in jenen Regionen durchgeführt wurden, die unter die „Uran-Bombardements“ kamen, erreicht dort die Zahl der Fehlbildungen 27 Prozent. Unter normalen Bedingungen betrage diese Zahl im Durchschnitt lediglich ein bis zwei Prozent.

Danilo Tvrdisic, Mitglied der öffentlichen Organisation „Wahrheit“, ist überzeugt, dass die NATO einen Völkermord zum Ziel hatte. Dies beweise sowohl der Einsatz des abgereicherten Urans als auch die Tatsache, dass die Flugzeuge der Allianz zielgerichtet Objekte der Chemieindustrie trafen, was katastrophale Folgen für die Ökologie in Serbien gehabt habe.

„Wir stehen mit albanischen Ärzten im Kontakt, die früher zu den medizinischen Folgen der Bombenangriffe geschwiegen haben, jetzt aber bereit sind, darüber zu reden“, so Tvrdisic gegenüber Sputnik.

Das sei tatsächlich etwas ganz Neues. An dieser Stelle sollte daran erinnert werden, dass abgereichertes Uran erstmals in einer der größten Städte des Kosovo, Prizren, eingesetzt worden war. Insgesamt wurden nach unterschiedlichen Angaben 107 Orte im Kosovo und Metochien mit dem Giftstoff „bearbeitet“, vier weitere in Südost-Serbien und ein Ort in Montenegro.

Interessant ist dabei, dass dies im Kosovo bis heute ein Tabu-Thema ist, da die Bomben neben den Krankheiten auch die „Unabhängigkeit“ gebracht hätten.

Im Jahr 2014 hatte die balkanische Presse von einem Bericht des afrikanischen Spezialisten Bakary Kante geschrieben, der als Chef einer UNEP-Mission schon im Mai 1999 die verheerenden Folgen der Bombenangriffe für die Ökologie der serbischen Südprovinz geschildert hatte. Der Autor des Berichts warnte vor dem künftigen Anstieg an Krebserkrankungen und Fehlbildungen bei Neugeborenen. Doch aus irgendeinem Grund ist der Bericht niemals veröffentlicht worden.

Später waren Teile des Berichts durchgesickert, dank der Bemühungen des US-Journalisten Robert Parsons. Als 2014 die kosovarische Zeitung „Express“ von zehn Tonnen abgereichertem Uran berichtete, die auf Kosovo abgeworfen worden waren, erklärte die Umwelpartei des Landes, sie habe schon längst auf eine hohe Sterblichkeitsrate nach den NATO-Bombardements hingewiesen. Es habe aber keinerlei Berichte gegeben und es seien auch keine Daten von zuständigen Behörden darüber empfangen worden, erklärte man in der

Partei.

Dan-news.info: „Die DVR hat Sicherheitsgarantien für die Durchführung einer Reihe von Reparaturarbeiten an strategisch wichtigen Infrastrukturobjekten an der Abgrenzungslinie in der Nähe von Jasinowataja und Dokutschajewsk zugesagt. Die Vereinbarung erfolgte mit Unterstützung des Leiters der Vertretung der Streitkräfte der RF im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination“, teilte eine Quelle aus den militärischen Einrichtungen der DVR mit.

Er erklärte, dass das „Regime der Ruhe“ unter anderem notwendig ist, um Wiederaufbauarbeiten an einer Stromleitung im Gebiet der Donezker Filterstation, einer der Unterstationen des Dokutschajewsker Gesteinskombinats und an einer Reservestromleitung, über die Stromlieferungen nach Dokutschajewsk geplant sind, durchzuführen.

Nach Angaben der Quelle sind die Reparaturarbeiten im Gebiet von Dokutschajewsk vom 3. bis zum 29. Oktober, bei Jasinowataja vom 9. bis 30. Oktober geplant. Der Wiederaufbau wird beginnen, nachdem von beiden Seiten Sicherheitsgarantien gegeben werden. Kiew hat das bisher noch nicht getan.

de.sputniknews.com: Holocaust: Wie sich Polen und Ukrainer am Tod der KZ-Häftlinge bereicherten

Die Forschung des Historikers Jan Tomasz Gross von der Princeton University gilt in Polen als radikal und gefährlich. Der Professor hat nämlich herausgefunden, wie die Polen sich an KZ-Häftlingen in ihrer Heimat bereichert haben. Die Geschäfte mit dem Tod machten sie Hand in Hand mit den Ukrainern, wie das Magazin „Ogonek“ berichtet.

Angefangen hat alles mit einem scheinbar harmlosen Foto. Abgebildet waren darauf Menschen inmitten von Schädel- und Skelettknochen auf einem Feld. Die Menschen waren Polen, die in der Nähe des Vernichtungslagers Treblinka lebten. Und auf dem Feld waren zuvor zehntausende Menschen hingerichtet worden, so die Zeitung.

Die Baracken des KZs, das sich dort einst befunden hatte, wurden von den Einheimischen aus der Umgebung geplündert und niedergebrannt. Danach rissen sie die Massengräber auf – in der Hoffnung, bei den Leichen noch Wertsachen zu finden, die den KZ-Wärtern entgangen waren: Hauptsächlich Goldzähne und Schmuck.

Die Einheimischen gründeten sogar ein spezielles Einsatzkommando von „Grabtauchern“, die ausschließlich an jenen Orten arbeiteten, wo die KZ-Häftlinge ihre Notdurft verrichtet hatten. Offensichtlich hatten die jüdischen Nazi-Opfer ihre Wertgegenstände aus Verzweiflung oder als Ausdruck von Protest in die Notdurft-Gruben hineingeworfen, statt sie – wie befohlen – ihren Henkern zu überlassen.

Doch die Leichenschinderei ist nur ein kleiner Teil jener „glorreichen“ Taten, die die Einheimischen bei Treblinka vollbrachten. Professor Gross hat laut dem Blatt herausgefunden, dass die in unmittelbarer Nähe des KZs lebenden Menschen während der deutschen Besatzung lukrative Einnahmequellen für sich entdeckten. Die Frauen bedienten die KZ-Wachen, die laut dem Blatt größtenteils aus Ukrainern rekrutiert wurden. Und die Männer tauschten mit ihnen Schnaps und Speisen gegen Schmuck und Wertsachen, die den Häftlingen weggenommen worden waren. Augenzeugen berichten laut dem Blatt, dass sowohl die Einheimischen als auch das KZ-Personal mit einem solchen Leben durchaus zufrieden waren.

Doch das war längst nicht alles. Die Einheimischen hatten nämlich ein weitaus lukrativeres Geschäft für sich entdeckt: Den Verkauf von Wasser an die jüdischen Häftlinge. Wurden sie in das Lager eskortiert, liefen die Einheimischen mit Wasserkübeln und selbst gebranntem Schnaps zu ihnen. Der Schnaps war als „Schmiergeld“ für die Wachen bestimmt, das Wasser wurde an die Juden verkauft. Wichtig war nur, dass der Konvoi nicht von deutschen SS-

Leuten begleitet wurde: Sie ließen niemanden an die Juden heran.

Abends:

ukrinform.ua: Der IWF prognostizierte das BIP und die Arbeitslosigkeit in der Ukraine
Der Internationale Währungsfonds erwartet ein Wachstum des BIP der Ukraine im Jahr 2017 von 2,0% und für 2018 deutlich höher bis zu 3,2% . Dies bestätigt die Prognose des Fonds vom April.

Diese Daten wurden vom Fonds während einer Präsentation der Übersicht „Perspektiven der Weltwirtschaft“ veröffentlicht, die zweimal im Jahr erscheint, berichtet unser Ukrinformkorrespondent....

Gleichzeitig veröffentlichte der Fonds weitere wichtige Indikatoren für das Wirtschaftswachstum. So wird sich der Verbraucherpreisindex in der Ukraine nach der Einschätzung der Analysten bei 10,0 halten (im April wurden 11,5 prognostiziert) und sich im nächsten Jahr auf 8,3 verringern (es waren 9,5). Die Leistungsbilanz in der Ukraine wird für die Jahre 2017 und 2018 mit einem Minus von 4,9% bzw. 4,5% negativ bleiben (im April wurde ein Minus von 3,6% bzw. 2,9% vorausgesagt).

Die Arbeitslosenquote in der Ukraine wächst wie erwartet in diesem Jahr bis zu 9,5%, im nächsten Jahr bis zu 9,3%.

de.sputniknews.com: **Psychische Erkrankungen unter Europäern: Dieses Land liegt an der Spitze**

In der Ukraine haben europaweit die meisten Menschen mit psychischen Erkrankungen zu kämpfen, teilte das ukrainische Ministerium für Sozialpolitik am Dienstag in einer Erklärung mit.

Demnach sollen 1,2 Millionen Ukrainer (mehr als drei Prozent der Gesamtbevölkerung) an psychischen Krankheiten leiden – Tendenz steigend.

Dabei würden jährlich fast zwei Millionen Menschen in der Ukraine in psychiatrischen Kliniken behandelt. Jeder dritte Bürger leide außerdem an Nervenstörungen, geht aus der Erklärung ferner hervor.

Ukrinform.ua: Poroschenko wird in PACE Rede halten

Der Präsident Petro Poroschenko begibt sich am Mittwoch, am 11. Oktober, zu einem Arbeitsbesuch nach Straßburg (Frankreich), wo er auf der Plenartagung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates eine Rede halten wird, gibt die offizielle Webseite des ukrainischen Staatschefs an.

Außerdem ist ein Treffen zwischen Poroschenko und dem Generalsekretär des Europarates Thorbjørn Jagland geplant.

Das ukrainische Staatsoberhaupt nimmt auch an der feierlichen Eröffnung des „Sterns der Himmlischen Hundertschaft“ in der Nähe des Palace of Europe teil, wo sich der Sitz des Europarats befindet.

de.sputniknews.com: Russland und Syrien bald durch direkte Schiffslinie verbunden
Russland und Syrien wollen eine direkte Schifffahrtslinie schaffen, wie der russische Vize-Premier Dmitri Rogosin am Dienstag mitteilte.

„Wir sind dabei, eine direkte Schiffslinie zwischen den russischen und syrischen Häfen zu

schaffen“, sagte Rogosin beim Treffen der russisch-syrischen Kommission für Handel-, Wirtschafts- und Wissenschaftskooperation in Sotschi. Russland werde außerdem die Exporte von Agrarprodukten nach Syrien steigern, vor allem von Getreide und Ölfrüchten, fügte er hinzu. Am 17. Mai hatten Russland und Nordkorea den Fähr- und Lastverkehr zwischen dem fernöstlichen Wladiwostok und Rasön im Nordosten Nordkoreas eröffnet.